

Pressemitteilung des vrb hessen vom 03.09.2026

Digitale Bildung verbindlich machen – aber Schulen die notwendigen Ressourcen geben

Der Verband Reale Bildung Hessen (vrb hessen) begrüßt die Pläne der Hessischen Landesregierung, digitale Zukunftskompetenzen künftig verbindlicher in der Schule zu verankern. Der verpflichtende Medienführerschein in Jahrgangsstufe 4 sowie das neue Pflichtfach „KI und Digitale Welt“ in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sind aus Sicht des Verbandes wichtige Schritte, um Kinder und Jugendliche auf eine zunehmend digital und durch Künstliche Intelligenz geprägte Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten.

„Digitale Bildung darf kein freiwilliges Zusatzangebot und keine Frage des Elternhauses oder des Schulstandortes sein. Wenn wir Schülerinnen und Schüler auf ihre Zukunft vorbereiten wollen, müssen Medienkompetenz, informatische Grundbildung und ein reflektierter Umgang mit KI verbindlich zur schulischen Bildung gehören“, erklärt Claus Eschenauer, Landesvorsitzender des vrb hessen.

Besonders positiv bewertet der Verband, dass der digitale Bildungsweg bereits in der Grundschule beginnt und in der Sekundarstufe systematisch fortgesetzt werden soll. Für Haupt- und Realschulen ist ab 2029/30 zudem eine Belegverpflichtung mit informatischem Schwerpunkt bereits in Jahrgangsstufe 7 oder 8 vorgesehen. Damit können digitale Kompetenzen frühzeitig mit Berufsorientierung und beruflicher Bildung verbunden werden. Gerade an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an integrierten und kooperativen Gesamtschulen darf die Umsetzung jedoch nicht zu einer weiteren Aufgabe werden, die mit der bestehenden Personaldecke zusätzlich bewältigt werden muss.

„Ein neues Pflichtfach braucht mehr als ein neues Curriculum. Es braucht Menschen, die es qualifiziert unterrichten können, Zeit für Fortbildung und eine technische Ausstattung, auf die sich Schulen im Alltag verlassen können“, betont Kerstin Mück, stellvertretende Landesvorsitzende des vrb hessen. „Fortbildung darf dabei nicht bedeuten, dass Lehrkräfte sich die notwendigen Kompetenzen am Wochenende, am Abend oder in der unterrichtsfreien Zeit aneignen. Wer ein neues Pflichtfach einführt, muss ganztägige, kompakte und qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote innerhalb der regulären Arbeitszeit ermöglichen.“

Der vrb hessen fordert deshalb, die Einführung mit zusätzlichen personellen Ressourcen, verbindlichen Qualifizierungsangeboten, einer zeitgemäßen technischen Ausstattung und dauerhaft verlässlichem IT-Support abzusichern. Zusätzliche Bildungsaufgaben dürfen zudem nicht dadurch finanziert werden, dass anderen Fächern Unterrichtszeit oder bereits bestehende Ressourcen entzogen werden.

„Die Richtung stimmt. Jetzt kommt es darauf an, die Schulen bei der Umsetzung nicht allein zu lassen“, fasst Eschenauer zusammen. „Digitale Zukunftskompetenzen müssen verbindlich, praxisnah und für alle Bildungsgänge vermittelt werden. Dafür brauchen Schulen die entsprechenden Rahmenbedingungen – personell, zeitlich und technisch.“

Kontakt:

Claus Eschenauer – 01715196157 – eschenauer@vrb-hessen.de

Mitglied im:

Deutschen Lehrerverband Hessen (dlh),
Deutscher Beamtenbund und Tarifunion (dbb),
Bundesverband Reale Bildung (BVRB).



www.vrb-hessen.de

